

DR. IUR. H. C. GERHARD STRATE  
KLAUS-ULRICH VENTZKE

RECHTSANWÄLTE

**VORAB PER TELEFAX: 0921/504-139**

An das  
Landgericht Bayreuth  
Strafvollstreckungskammer  
z. Hdn. Herrn VRiLG **Kahler**  
Wittelsbacherring 22  
**95444 Bayreuth**

Hamburg, am 12.4.2013/gs

**Aktenzeichen: StVK 551/09**

In der Strafvollstreckungssache

des

**Mollath Gustl Ferdinand**

beziehe ich mich auf die bereits zur Akte gereichte Vollmacht und trage in Vorbereitung auf den Anhörungstermin am kommenden Donnerstag ergänzend vor. Ich habe an diesem Tage einen Termin beim Landgericht Rostock, werde nun aber doch versuchen, mich dort abkömmlich zu machen, so dass ich wahrscheinlich bei der Anhörung zugegen sein werde. Vorab bitte ich den Herrn Vorsitzenden, durch Rücksprache mit der Leitung der Klinik für Forensische Psychiatrie sicherzustellen, dass Herr Mollath bei der Anhörung **ungefesselt** erscheinen kann. Für diese Mühewaltung bedanke ich mich schon jetzt. Zur Sache:

# **1. Zum verfassungsrechtlichen Maßstab der gemäß §§ 67d Abs. 6, 67e StGB zu treffenden Entscheidung**

Bei dem mit dem Herrn Vorsitzenden am Dienstagnachmittag geführten Gespräch hatte ich neben der Vollmacht auch ein Schreiben meines Mandanten übergeben. Die Abfassung dieses Schreibens war ein Wunsch meines Mandanten, nachdem wir während meines Besuchs, der fast zwei Stunden gedauert hatte, ca. anderthalb Stunden über Sinn oder Unsinn des hier anstehenden Verfahrens gesprochen hatten. Herr Mollath entschuldigte sich dann während des Gesprächs für die Dauer weniger Minuten, um aus seiner Zelle weißes Papier sowie Linienpapier zu holen. Er schrieb dann folgendes nieder:

*„Gustl Ferdinand Mollath  
Zur Zeit, gegen meinen Willen, im  
BKH Bayreuth, Nordring 2, 95445 Bayreuth*

*An Herr Kahler  
Vorsitzender Richter  
Strafvollstreckungskammer  
Landgericht  
Wittelsbacherring 22  
95444 Bayreuth*

*Bayreuth, den 9.4.2013*

*A.Z.: StVK 551/09*

*Sehr geehrter Herr Richter Kahler,*

*ich bitte Sie höflich mich dabei zu unterstützen, dass ich meine Freiheit auf Grund eines Wiederaufnahmeverfahrens erreiche und nicht auf Grundlage eines Verfahrens, dass meine **Verurteilung** zur Basis hat.*

*Vielen Dank  
für Ihre mögliche Unterstützung*

*Mit freundlichen Grüßen  
(Unterschrift) G. Mollath“*

**Anlage 1**

Dieses Schreiben ist nur auf den ersten Blick sibyllinisch. Es meint nicht etwa einen Verzicht auf die gerichtliche Überprüfung, ob seine Freiheitsentziehung fortdauern solle. Es meint aber, dass die Beendigung der Freiheitsentziehung nicht eine erneute Bekräftigung des ihm mit dem Urteil vom 8.8.2006 zugefügten Unrechts sein dürfe.

Nun ist ein Wiederaufnahmeverfahren *prima vista* etwas gänzlich anderes als ein Verfahren zur Überprüfung der weiteren Strafvollstreckung. Letzteres hat die Rechtskraft des gegen Gustl Mollath am 8.8.2006 ergangenen Urteils zur Grundlage. Das von Herrn Mollath und der Staatsanwaltschaft Regensburg gestellte Wiederaufnahmegesuch will diese Grundlage erschüttern und zunichte machen.

Dennoch gibt es eine Gemeinsamkeit, die von dem einen Verfahren zum anderen eine Brücke schlägt. Deren „Brückenpfeiler“ hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in einer Leitentscheidung vom 8.10.1985 gesetzt. Aus dem Prozessgrundrecht auf eine *fairen, rechtsstaatlichen* Verfahren

*„... ergeben sich Mindestanforderungen für eine zuverlässige Wahrheitserforschung (...), die nicht nur im strafprozessualen Hauptverfahren, sondern auch für die im Vollstreckungsverfahren zu treffenden Entscheidungen zu beachten sind. Sie setzen u.a. Maßstäbe für die Aufklärung des Sachverhalts und damit für eine hinreichende tatsächliche Grundlage für richterliche Entscheidungen. Denn es ist unverzichtbare Voraussetzung rechtsstaatlichen Verfahrens, dass Entscheidungen, die den Entzug der persönlichen Freiheit betreffen, auf zureichender richterlicher Sachaufklärung beruhen (...) und eine in tatsächlicher Hinsicht genügende Grundlage haben, die der Bedeutung der Freiheitsgarantie entspricht (...).“<sup>1</sup> (meine Hervorhebung)*

Der Zweite Senat hat diese Grundsätze in einem Urteil vom 3.6.1992 wiederholt und vertieft:

*„Aus dem Prozeßgrundrecht auf eine fairen, rechtsstaatlichen Verfahren (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG), dessen Wurzeln in der freiheitssichernden Funktion der Grundrechte, hier in näherer Ausprägung durch Art. 2 Abs. 2 GG, liegen (vgl. BVerfGE 57, 250 [275]), ergeben sich Mindestanforderungen*

---

<sup>1</sup> BVerfGE 70, 297, 308.

*für eine Verfahrensregelung, die eine zuverlässige Wahrheitsforschung nicht nur im prozessualen Hauptverfahren, sondern auch für die **im Vollstreckungsverfahren** zu treffenden Entscheidungen gewährleistet. Dieser rechtsstaatliche Auftrag bezieht sich nicht nur auf die Aufklärung des äußeren Tatgeschehens, sondern erfaßt wegen des Schuldprinzips alle Merkmale, die für die Beurteilung der strafrechtlichen Schuld und für die Strafzumessung von Bedeutung sind (vgl. BVerfGE 80, 367 [378]). Ein rechtsstaatliches Verfahren muß gewährleisten, daß Entscheidungen, die den Entzug der persönlichen Freiheit betreffen, auf zureichender richterlicher Sachaufklärung beruhen und eine in tatsächlicher Hinsicht genügende Grundlage haben, die der Bedeutung der Freiheitsgarantie entspricht (BVerfGE 70, 297 [308]).“<sup>2</sup> (meine Hervorhebung)*

Die Beachtung der Wahrheitserforschung als oberstes Leitprinzip – natürlich im Rahmen der durch die jeweilige Verfahrensordnung vorgegebenen Regeln – gilt auch im Wiederaufnahmeverfahren:

*„Ungeachtet des Streits um Geltung und Umfang der Offizialmaxime im Probationsverfahren (...) ergibt sich aus dem Recht auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren, dass auch für die außerhalb des prozessualen Hauptverfahrens zu treffenden Entscheidungen die Ermittlung des wahren Sachverhalts von zentraler Bedeutung bleibt, weil sonst das materielle Schuldprinzip nicht verwirklicht werden kann (vgl. BVerfGE 57, 250 [257]; 86, 288 [317]).“<sup>3</sup>*

Die Fortgeltung der Aufklärungspflicht im Verfahren der Strafvollstreckung als auch in der Behandlung eines Wiederaufnahmegesuchs kann dazu führen, dass die **Feststellungen** eines Urteils in Frage zu ziehen oder zu überprüfen sind, wenn sich aus den Akten nachdrückliche Hinweise darauf ergeben, dass sie **falsch** getroffen worden sind (so im Vollstreckungsverfahren) oder neue Tatsachen oder neue Beweismittel die Grundlagen des Schuldspruchs erschüttern (so im Wiederaufnahmeverfahren). Hierbei ist vor allem bedeutsam, dass nach deutschem

---

<sup>2</sup> BVerfGE 86, 288, 317

<sup>3</sup> BVerfG (2. Kammer des Zweiten Senats) in StV 2003, 223, 224.

Verfahrensrecht nur der Urteilsspruch, nicht aber die Urteilsgründe in Rechtskraft erwachsen<sup>4</sup>; die Feststellungen eines verurteilenden Erkenntnisses entfalten keine Bindungswirkung<sup>5</sup>. Etwas anderes gilt nur dann, wenn dies durch Gesetz ausdrücklich bestimmt ist<sup>6</sup>.

Deshalb ist auch die zu der Erkenntnisgrundlage der Strafvollstreckungskammer geäußerte Auffassung der Bremer Generalstaatsanwältin *Graalmann-Scheerer* –

*„Dabei sind die Feststellung des tatrichterlichen Urteils, das der Vollstreckung zugrunde liegt, für den Sachverständigen – ebenso wie für die Strafvollstreckungskammer – grundsätzlich bindend.“<sup>7</sup> –*

richtig, aber eben nur „grundsätzlich“. Eine **Ausnahme** von diesem Grundsatz ist dann zu machen, wenn Feststellungen des als Vollstreckungsgrundlage dienenden Urteils **offenkundig falsch** sind und sich dies mit einer dem Strengbeweis in der Hauptverhandlung vergleichbaren Sicherheit auch mit den im Vollstreckungsverfahren dem Gericht zu Gebote stehenden Erkenntnismitteln des Freibeweises feststellen lässt.

Das ist hier der Fall, und zwar im Hinblick auf **Urkunden**, die sich als Beweismittel bereits in der Akte befinden, und im Hinblick auf **Protokolle** staatsanwaltschaftlicher Vernehmungen, die sich zwar nicht in der vorliegenden Akte befinden, wohl aber in der beim Landgericht Regensburg geführten Akte zu dem von der Staatsanwaltschaft Regensburg beantragten Wiederaufnahmeverfahren.

---

<sup>4</sup> BGHZ 13, 265, 279

<sup>5</sup> BGHSt 30, 377, 383; vgl. nur *Kühne* in Löwe-Rosenberg, StPO, Einl. Abschn. K Rdnr. 94 m.w. Nachweisen und *Meyer-Goßner*, StPO, 55. Aufl., Einl. Rdnr. 170; anders verhält es sich – wie gezeigt – mit der Bindungswirkung der tragenden Gründe von Entscheidungen des **Bundesverfassungsgerichts**.

<sup>6</sup> Z.B. bei der Beschwerde gegen Kostenentscheidungen in § 464 Abs. 3 Satz 2 StPO.

<sup>7</sup> *Graalmann-Scheerer*, StPO, 26. Aufl., Rdnr. 58 zu § 454.

Diese Dokumente ergeben, dass der zentralen Annahme des Landgerichts Nürnberg-Fürth, der Wahn des Gustl Mollath offenbare sich gerade in dessen Ausweitung auf die Person des ursprünglich als psychiatrischen Sachverständigen eingesetzten Arztes Dr. Wörthmüller –

*„Eindrucksvoll könne am Beispiel des Dr. Wörthmüller ausgeführt werden, dass der Angeklagte weitere Personen, die sich mit ihm befassen müssten, in dieses Wahnsystem einbeziehe, wobei in geradezu klassischer Weise der Angeklagte eine für ihn logische Erklärung biete, dass Dr. Wörthmüller ihm angeboten habe, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben, wenn der Angeklagte die Verwicklung des Dr. Wörthmüller in den Schwarzgeldskandal nicht offenbare.“ (UA S. 22)*

*„Auch in der Hauptverhandlung hat sich – wie bereits in den von den Zeugen geschilderten Vorfällen – die wahnhafte Gedankenwelt vor allem in Bezug auf den ‚Schwarzgeldskandal‘ der Hypovereinsbank bestätigt. Mag sein, dass es Schwarzgeldverschiebungen von verschiedenen Banken in die Schweiz gegeben hat bzw. noch gibt, wahnhaft ist, dass der Angeklagte fast alle Personen, die mit ihm zu tun haben, z.B. den Gutachter Dr. Wörthmüller, völlig undifferenziert mit diesem Skandal in Verbindung bringt und alle erdenklichen Beschuldigungen gegen diese Personen äußert.“ (UA S. 25) –,*

**falsch** ist und keine tatsächliche Grundlage hat.

## 2. Die falsch verstandene Befangenheitsanzeige des Dr. Wörthmüller

Der ursprünglich vom Amtsgericht Nürnberg mit einer Begutachtung des Gustl Mollath und dessen „Beobachtung“ gemäß § 81 StPO beauftragte Leiter der Forensik in der Klinik am Europakanal Erlangen, Dr. Michael Wörthmüller, hatte nach der am 30.6.2004 erfolgten polizeilichen Einlieferung des Mollath bereits am 1.7.2004 eine Befangenheitsanzeige an den zuständigen Amtsrichter verfasst, die folgenden Wortlaut hat:

*„Sehr geehrter Herr Richter Eberl,*

*mit Beschluss des Amtsgerichts vom 22.04.2004 wurde ich beauftragt, oben genannten Angeklagten im Rahmen einer Unterbringung nach § 81 StPO im Hinblick auf die Frage der Schuldfähigkeit und der Notwendigkeit einer Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus zu untersuchen. Herr Mollath wurde gestern, am 30.06.2004, in die hiesige Klinik eingeliefert, am gleichen Tag wurden mir die Akten (die zuvor nur ungesichtet einen Tag in der hiesigen Abteilung waren, dann zurückgefordert wurden) erneut zugestellt. Leider ist es so, dass ich in der vergangenen Woche bereits persönlichen Kontakt mit Herrn Mollath hatte, mich insbesondere ein Nachbar, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin, ausführlich über seine Sichtweise der Angelegenheit Mollath informierte (Herr Mollath wollte auch jenen aufsuchen). Aufgrund des so erhaltenen Meinungsbildes und der damit verbundenen persönlichen Verquickung sehe ich mich außer Stande, mit der notwendigen Objektivität das von Ihnen angeforderte Gutachten zu erstatten. Auch eine Übertragung auf einen Mitarbeiter meiner Abteilung erscheint hier kontraindiziert, nachdem die hiesige forensisch-psychiatrische Struktur stark durch meine Person bzw. die hiervon ausgehenden Einschätzungen geprägt ist..*

*Ich bedauere, dass ich den von Ihnen freundlicherweise übermittelten Auftrag somit nicht erfüllen kann. Ich hoffe, Ihnen hiermit nicht zu viele Unannehmlichkeiten zu bereiten und verbleibe mit dem Wunsch nach weiterhin guter Zusammenarbeit und freundlichen kollegialen Grüßen*

*Dr. med. M. Wörthmüller  
Psychiater/Dipl.-Psych./Oberarzt  
Leiter der forensischen Abteilung  
des Klinikums am Europakanal“*

(Bl. 177 d.A. der StA Nürnberg-Fürth 802 Js 4743/03)

Anlage 2.

Der exakte Inhalt dieser Befangenheitsanzeige, die ausdrücklich davon spricht, Dr. Wörthmüller sei von einem „Nachbar(n), mit dem ich freundschaftlich verbunden bin, ausführlich über seine Sichtweise der Angelegenheit Mollath“ informiert worden, wurde durch den im Verfahren gegen Gustl Mollath tätigen Sachverständigen Dr. Leipziger nicht wahrgenommen. Stattdessen übernahm er die Darstellung des mit der Sache nicht vertrauten Aufnahmearztes seiner Klinik, der aus dem ersten Gespräch mit Gustl Mollath am 14.2.2005 folgendes notierte:

*„Er sei hier, weil sein Nachbar Kontakt zu Schwarzgeldkreisen habe, zu welchen auch Dr. Wörthmüller gehöre. Dr. Wörthmüller wollte das Schweigen des Patienten ‚erpressen‘, indem er ihm ein ‚Good-will‘-Gutachten angeboten habe. Daraufhin habe der Patient dafür gesorgt, dass dieser seine Befangenheit zugeben musste, deshalb sei er nun in Bayreuth.“*

Ich füge in Ablichtung bei die ersten zwei Seiten aus der bei dem BKH Bayreuth geführten „Krankengeschichte“ als

### A n l a g e 3.

So steht es dann auch wörtlich als Bericht in dem Gutachten des Dr. Leipziger vom 25.7.2005 (dort S. 15):

*„Er sei hier, weil sein Nachbar Kontakte zu Schwarzgeldkreisen habe, zu welchen auch Dr. Wörthmüller gehöre.  
Dr. Wörthmüller hätte das Schweigen des Angeklagten ‚erpressen‘ wollen, indem er ihm ein Good-will-Gutachten angeboten hätte. Daraufhin hätte der Angeklagte dafür gesorgt, dass dieser (Dr. Wörthmüller) seine Befangenheit zugeben hätte müssen. Deshalb sei er hier.“*

Aus dem anfänglichen Missverständnis des Aufnahmearztes über die Herkunft des „Nachbarn“ wird alsdann in den Gründen des gegen Gustl Mollath ergangenen Urteils eine regelrechte Verfälschung des Sachverhalts:

*„Nachdem der Angeklagte sich bereits zur Beobachtung und Gutachtenerstattung für eine Woche im Klinikum am Europakanal aufgehalten hatte, erklärte sich der dortige Sachverständige Dr. Wörthmüller für befangen und bat, ihn von der Gutachtenerstellung zu entbinden, weil der Sachverständige **von Nachbarn des Angeklagten privat auf dessen Zustand angesprochen worden war** und er nicht den Anschein der Voreingenommenheit erwecken wollte.“*  
(UA S. 7)

Demgegenüber hatte Dr. Wörthmüller tatsächlich erklärt:

*„Leider ist es so, dass ich in der vergangenen Woche bereits persönlichen Kontakt mit Herrn Mollath hatte, mich insbesondere **ein Nachbar, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin**, ausführlich über seine Sichtweise der Angelegenheit Mollath informierte (...).“*

#### 4. Der tatsächliche Nachbar

Der Nachbar, der Herrn Dr. Wörthmüller angesprochen hatte, war also nicht – wie im Urteil dargestellt – ein Nachbar (oder mehrere Nachbarn) des Gustl Mollath, sondern ein Nachbar des Dr. Wörthmüller, mit dem Dr. Wörthmüller freundschaftlich verbunden war. Dieser war Mollath auch namentlich bekannt, was sich unschwer aus einer Reihe von Briefen und Eingaben des Mollath entnehmen ließ, aber sowohl von Dr. Leipziger als auch dem Gericht ignoriert wurde. Nur beispielhaft seien hier aus der Akte 802 Js 4743 der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth zwei Briefe zitiert:

In einem Schreiben Gustl Mollaths an Rafael Rocca vom 10.7.2006, welches der VRiLG Brixner „zu Beweis Zwecken“ zehn Tage vor der Hauptverhandlung am 8.8.2006 gegen Mollath in Ablichtung zur Akte genommen hat, führt Mollath aus:

*„Da ich vorher herausfand, dass besagter Dr. Michael Wörthmüller nicht nur gut mit Bernhard Roggenhofer bekannt ist, sondern darüber hinaus sogar direkt neben dem in der Norastraße in Nürnberg wohnt (einen Steinwurf von meinem früheren Geschäft entfernt in Schniegling!), musste Dr. Wörthmüller sich für befangen erklären. Trotzdem hat Dr. Wörthmüller noch dafür gesorgt, dass ich von seinen ‚besten Freunden‘ in der Psychobranche, Dr. Leipziger und Dr. Zappe vom BKH Bayreuth, im Feb. 2005 5 Wochen lang ‚weiterverarztet‘ werde.*

*Zu Bernhard Roggenhofer ist noch zu erwähnen, dass der viele Jahre Kunde der Vermögensanlageabteilung bei der Hypo-, später HypoVereinsbank, wo Petra arbeitete, war.*

*Frühere, auch jahrzehntelange, Arbeitskollegen von Petra, Wolfgang Dirsch und Udo Schicht, gründeten mit B. Roggenhofer die Fortezza Vermögensanlage AG in der Schnieglingerstr. 7 in Nürnberg. Vorteilhafterweise ist im Erdgeschoß des Hauses gleich eine Filiale der HypoV. Bank.“*

Des weiteren schreibt er in einer Strafanzeige an den damaligen Präsidenten des Amtsgerichts und jetzigen Generalstaatsanwalt in Nürnberg vom 5.8.2004 folgendes:

*„Dr. Michael Wörthmüller hat mich vom 30.6.2004 bis 7.7.2004 unter menschenverachtenden Bedingungen in Vollisolutions-Einzelhaft gehalten. Ich hatte schon Tage zuvor seine Verbindung zu Bernhard Roggenhofer aufgedeckt.*

*Bernhard Roggenhofer, Wolfgang Dirsch und Udo Schicht waren jahrelange Arbeitskollegen meiner Frau Petra Mollath. Sie alle waren und sind beteiligt bei der andauernden Schwarzgeldverschiebung in die Schweiz, Betreuung und Verwaltung.*

*Da ich die Verbindung von Dr. Wörthmüller zu den Schwarzgeldverschieberkreisen aufgedeckt habe und nachweisen kann, musste sich Dr. Wörthmüller letztlich für befangen erklären.*

*Trotzdem versuchte Dr. Wörthmüller vorher tagelang, mich zu folgender Abmachung zu bewegen: Er macht ein angeblich ‚harmloses‘ für mich passendes Gutachten, dafür muß er sich nicht für befangen erklären und die Verbindung zu den Scharzgeldverschiebern bleibt unter uns.*

*Als ich über Tage, auch unter seelischer Folter, nicht auf den Handel einging, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich doch nachträglich für befangen zu erklären.*

*Beweis: Schreiben von Dr. Wörthmüller datiert auf den 1.7.2004, aber erst am 5.7.2004 gefaxt an das Amtsgericht Nürnberg Richter Eberl. Plus Empfangsbericht des Amtsgerichts v. 5.7.04.“ (Bl. 226 d.A.)*

Zentral ist hier der folgende Satz:

*„Da ich die Verbindung von Dr. Wörthmüller zu den Schwarzgeldverschieberkreisen aufgedeckt habe und nachweisen kann, musste sich Dr. Wörthmüller letztlich für befangen erklären.*

*Trotzdem versuchte Dr. Wörthmüller vorher tagelang, mich zu folgender Abmachung zu bewegen: Er macht ein angeblich ‚harmloses‘ für mich passendes Gutachten, dafür muß er sich nicht für befangen erklären und die Verbindung zu den Schwarzgeldverschiebern bleibt unter uns.“*

Diese Darstellung Mollaths wurde von der 7. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth als entscheidendes Beweisstück für seinen Wahn genommen. Um es nochmals zu wiederholen:

*„Eindrucksvoll könne am Beispiel des Dr. Wörthmüller ausgeführt werden, dass der Angeklagte weitere Personen, die sich mit ihm befassen müssten, in dieses Wahnsystem einbeziehe, wobei in geradezu klassischer Weise der Angeklagte eine für ihn logische Erklärung biete, dass Dr. Wörthmüller ihm angeboten habe, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben, wenn der Angeklagte die Verwicklung des Dr. Wörthmüller in den Schwarzgeldskandal nicht offenbare.“ (UA S. 22)*

*„Auch in der Hauptverhandlung hat sich – wie bereits in den von den Zeugen geschilderten Vorfällen – die wahnhafte Gedankenwelt vor allem in Bezug auf den ‚Schwarzgeldskandal‘ der Hypovereinsbank bestätigt. Mag sein, dass es Schwarzgeldverschiebungen von verschiedenen Banken in die Schweiz gegeben hat bzw. noch gibt, wahnhaft ist, dass der Angeklagte fast alle Personen, die mit ihm zu tun haben, z.B. den Gutachter Dr. Wörthmüller, völlig undifferenziert mit diesem Skandal in Verbindung bringt und alle erdenklichen Beschuldigungen gegen diese Personen äußert.“ (UA S. 25)*

Der Wahn – so meint es Dr. Leipziger und ihm folgend das Gericht – zeige sich also gerade daran, das Mollath für die Einbeziehung Dr. Wörthmüllers „*in geradezu klassischer Weise eine für ihn logische Erklärung biete*“, wobei die Betonung auf „*für ihn*“ liegt, also nur in **seiner** Vorstellungswelt ihren Sinn finde, während tatsächlich die Logik **Pseudologik**, und die Erklärung,

*„dass Dr. Wörthmüller ihm angeboten habe, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben, wenn der Angeklagte die Verwicklung des Dr. Wörthmüller in den Schwarzgeldskandal nicht offenbare“*,

ein **Wahngebilde** sei.

Nur: Ist Dr. Wörthmüller je dazu gehört worden, ob er Mollath tatsächlich ein solches Angebot gemacht habe? **Nein** – es gab weder eine Vernehmung Dr. Wörthmüllers vor noch eine Vernehmung in der Hauptverhandlung. Es gab auch keine Aufforderung zur Abgabe einer (dienstlichen) Äußerung. Auch hat Dr. Leipziger nichts über ein zu diesem Thema mit Dr. Wörthmüller geführtes Gespräch berichtet.

Diese Vernehmung ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft Regensburg durchgeführt worden. Ich überreiche als

#### A n l a g e n 4 u n d 5

Niederschriften von Vernehmungen, die die Staatsanwaltschaft Regensburg am 14.12.2012 und am 11.3.2013 durchgeführt hat. Von kardinaler Bedeutung sind hierbei vor allem folgende Ausführungen des Dr. Wörthmüller in der Vernehmung vom 11.3.2013:

*„Bei der unmittelbaren Einlieferung des Herrn Mollaths in meine Klinik war ich nach meiner Erinnerung nicht zugegen, wurde darüber aber zeitnah informiert. Als ich Herrn Mollath dann aufsuchte war ich erschrocken, weil ich in ihm den ‚Besucher‘, dem ich kurzer Zeit vorher auf meinem Grundstück gegen-*

überstand, wiedererkannte. Mir war sofort bewusst, dass es sich um die Person handelt, über die ich mit Herrn Roggenhofer gesprochen habe. Da ich mich gegenüber Herrn Roggenhofer auch zu dem aus meiner Sicht auffälligen Geisteszustand des ‚Besuchers‘ – wie ich ihn eingeschätzt habe – geäußert habe, beschäftigte mich sofort die Frage, ob ich unbefangen den Gutachtensauftrag erfüllen kann. Ob sich Herr Mollath mit mir bereits bei unserem ersten Zusammentreffen detaillierter über die Thematik ‚HypoVereinsbank‘ und ‚Schwarzgeldverschiebungen‘ unterhalten hat, weiß ich nicht mehr genau. Jedenfalls habe ich dann am 01.07.2005 (recte: 2004) den Entwurf einer Befangenheitsanzeige diktiert und schreiben lassen. Es ist inhaltlich genau die Befangenheitsanzeige, die sich auch in den Akten befindet. Ganz sicher, ob ich mich allerdings tatsächlich für befangen erklären musste, war ich mir zu dem Zeitpunkt, als ich die Befangenheitserklärung diktierte, noch nicht. Deswegen sandte ich diese Befangenheitsanzeige auch noch nicht ab. Ich wollte diese Problematik zunächst sorgfältig prüfen und habe dies Herrn Mollath auch gesagt. Ich habe Herrn Mollath vorgeschlagen, sich mit einem Anwalt zu besprechen. Diesen Vorschlag hat Herr Mollath aufgegriffen. Ich kann mich erinnern, dass dann auch der Kontakt zu einem Anwalt hergestellt wurde und Herr Mollath von einem Anwalt aufgesucht wurde. Um abzuklären, ob ich dem Gutachtensauftrag Folge leisten kann, habe ich mich mehrmals mit Herrn Mollath unterhalten. Bei diesen Gesprächen äußerte Herr Mollath sich überhaupt nicht zu den ihm zur Last gelegten Taten, insbesondere nicht zu den ihm vorgeworfenen Körperverletzungsdelikten zu Lasten seiner Ehefrau. Herr Mollath äußerte mir gegenüber, dass er eine Begutachtung grundsätzlich ablehne, weil er sie nicht für notwendig hält. Auch äußerte er Bedenken speziell bzgl. meiner Person als Gutachter. Er begründete dies damit, dass ich ja der Nachbar von Herrn Roggenhofer bin. Herr Mollath sagte, dieser Herr Roggenhofer gehörte zu den Kreisen, die genau mit den Schwarzgeldverschiebungen zu tun haben, gegen die er (Mollath) Vorwürfe erhebe, die keiner hören will. Mir selbst gegenüber hat er in unseren Gesprächen keine Vorwürfe dahingehend erhoben, dass auch ich an illegalen Bankgeschäften beteiligt bin. Herr Mollath hat sich auch geweigert, mir irgendetwas aus seinem persönlichen Leben mitzuteilen, er berichtete lediglich ansatzweise über seine frühere berufliche Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Autohandel, Restauration von Pkw's, insbesondere Ferraris. Herr Mollath äußerte sich ganz überwiegend über die ihn ganz offensichtlich stark bewegende Thematik der ‚Schwarzgeldverschiebungen‘. Er hatte auch schriftliche Unterlagen zu genau dieser Thematik mit dabei. In unseren Gesprächen nahm Herr Mollath hierauf immer wieder Bezug. Herr Mollath hat dabei auch zum Ausdruck gebracht, dass seine Ehefrau hiermit etwas zu tun hat. Näheres hat Herr Mollath dazu allerdings nicht gesagt.

*Ich habe mit Herrn Mollath gesprochen ob es aus seiner Sicht denkbar wäre, dass ich den Gutachtensauftrag befolgen kann, wenn sich die Begutachtung auf die Herrn Mollath zur Last gelegten Taten beschränkt und sich die von ihm in den Mittelpunkt gestellte Thematik der ‚Schwarzgeldverschiebungen‘ hintanstellen lasse. Auch wollte ich prüfen, ob ich unter diesen Bedingungen eine Begutachtung durchführen kann, ohne mich selbst als befangen qualifizieren zu müssen. Ich stellte Herrn Mollath dabei in Aussicht, dass eine Begutachtung durch mich dann auch sehr schnell erfolgen könnte und Herr Mollath schon nach kurzer Zeit wieder entlassen werden könnte. Ich erklärte ihm auch, dass das aus meiner Sicht eine deutlich weniger belastende Vorgehensweise darstellen könnte. Dies bezeichnete ich gegenüber Herrn Mollath auch als ein Entgegenkommen (bei der Vielzahl meiner Termine). Ich hätte tatsächlich die Begutachtung des Herrn Mollaths beschleunigt durchgeführt. Wenn Herr Mollath das als ‚Gefälligkeitsgutachten‘ ansieht, so mag das aus seiner Sicht nicht ganz abwegig sein.*

*Um Ihre Frage abschließend zu beantworten:*

*Eine Begutachtung des Herrn Mollath durch mich wäre evtl. – ohne dass ich mich für befangen gefühlt hätte – möglich gewesen, wenn die von Herrn Mollath in den Mittelpunkt gestellte Thematik der ‚Schwarzgeldverschiebungen‘, mit der er mich in Verbindung brachte, aus dem Mittelpunkt der Begutachtung allenfalls an den Rand geschoben würde.“*

Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat alsdann – ebenso wie die Verteidigung – unter Vorlage von Handelsregisterausügen über die in Nürnberg residierende Fortezza Finanz AG (HRB 20585 – Amtsgericht Nürnberg) belegt, dass Bernhard Roggenhofer tatsächlich mit Udo Schicht und Wolfgang Dirsch – ehemaligen Arbeitskollegen der geschiedenen Ehefrau des Gustl Mollath – in einer gemeinsamen Gesellschaft geschäftlich eng verbunden war. Aus diesen Feststellungen sowie der Aussage des Dr. Wörthmüller zieht die Staatsanwaltschaft Regensburg in ihrem Wiederaufnahmeantrag vom 18.3.2013 als „feststehend“ folgende sich aufdrängende Schlussfolgerungen:

„Damit steht fest, dass Wolfgang Dirsch, den Herr Mollath in zahlreichen Schreiben als ‚Schwarzgeldverschieber‘ benennt, im Dezember 2003 zusammen mit dem Zeugen Roggenhofer eine AG gegründet hat, die auf dem Finanzsektor tätig war. Wolfgang Dirsch war zuvor zusammen mit Petra M. bei der HypoVereinsbank im Privatkundengeschäft tätig und wie diese auch mit Auslandssachverhalten befasst.

Bernhard Roggenhofer als dessen Vorstandspartner erweckte offensichtlich Herrn Mollaths Interesse. Jedenfalls machte sich Herr Mollath auf die Suche nach ihm und eruierte seine Privatadresse, um ihn aufzusuchen. Bei dieser Suche traf Herr Mollath dann auf den Herrn Dr. Wörthmüller, einen unmittelbaren Nachbarn von Herrn Roggenhofer. Mit diesem unterhielt er sich kurz. Dieser wies ihm dann den Weg zum gegenüberliegenden Anwesen des Herrn Roggenhofer in der Norastraße in Nürnberg.

Möglicherweise bereits am nächsten Tag nach diesem Zusammentreffen zwischen Herrn Mollath und Herrn Dr. Wörthmüller, jedenfalls nur weniger Tage später, wurde Herr Mollath in Vollzug des § 81 StPO-Beschlusses des Amtsgerichts Nürnberg vom 22.04.2004 am 30.06.2004 in das Klinikum am Europakanal in Erlangen verbracht, wo er auf Dr. Wörthmüller traf. Dieser war beauftragt, ein psychiatrisches Gutachten betreffend Herrn Mollath zu erstellen. Dr. Wörthmüller und Herr Mollath besprachen, ob eine derartige Begutachtung stattfinden kann. Beide kamen zu dem Ergebnis, dass das nicht zielführend wäre. Während Dr. Wörthmüller sich vorstellen konnte, das Gutachten zu erstellen, wenn man sich dabei weitgehend auf die Körperverletzungsdelinquenz des Herrn Mollath beschränke und den ‚Schwarzgeldbereich‘ ausklammere, lehnte Herr Mollath dies ab.

(...)

Angesprochen wurde Dr. Wörthmüller nicht von Nachbarn (Plural!) des Angeklagten, sondern von einem Nachbar, mit dem er (Dr. Wörthmüller) freundschaftlich verbunden war/ist. Von diesem wurde er auch nicht angesprochen, sondern ‚ausführlich über seine (des Nachbarn des Dr. Wörthmüllers) Sichtweise der Angelegenheit Mollath informiert‘.

Zwischen dem tatsächlichen Geschehen und dem im Urteil falsch wiedergegebenen Sachverhalt besteht aber ein gravierender Unterschied:

Dr. Wörthmüllers Nachbar, der ihn informiert hat, war und ist der Zeuge Roggenhofer. Der Zeuge Roggenhofer war zu dieser Zeit beruflich mit Herrn Dirsch verbunden. Herr Dirsch seinerseits war zuvor ein Arbeitskollege der Petra M. Dieser wie Petra M. waren aus Sicht des Herrn Mollath an ‚Schwarzgeldverschiebungen‘ beteiligt. Dr. Wörthmüller war dann der für die psychiatrische Exploration des Herrn Mollath bestimmte Gutachter, den er kurz vor seiner Einlieferung in das Klinikum am Europakanal in Erlangen als Nachbarn des Herrn Roggenhofer kennengelernt hatte. Dr. Wörthmüller erklärte sich Herrn Mollath gegenüber bereit, trotz dieser Begegnung ein Gutachten zu erstellen, wenn der Schwerpunkt nicht auf die ‚Schwarzgeldverschiebungen‘ gelegt wird. Unter dieser Voraussetzung könne er (Dr. Wörthmüller) das beauftragte Gutachten sehr kurzfristig erstellen.

Dies belegt die Aussage Dr. Wörthmüller gegenüber der Staatsanwaltschaft Regensburg am 11.03.2013 mit der notwendigen Deutlichkeit. Der Zeuge hat angegeben:

„Ich habe mit Herrn Mollath gesprochen ob es aus seiner Sicht denkbar wäre, dass ich den Gutachtensauftrag befolgen kann, wenn sich die Begutachtung auf die Herrn Mollath zur Last gelegten Taten beschränkt und sich die von ihm in den Mittelpunkt gestellte Thematik der ‚Schwarzgeldverschiebungen‘ hintanstellen lasse. Auch wollte ich prüfen, ob ich unter diesen Bedingungen eine Begutachtung durchführen kann, ohne mich selbst als befangen qualifizieren zu müssen. Ich stellte Herrn Mollath dabei in Aussicht, dass eine Begutachtung durch mich dann auch sehr schnell erfolgen könnte und Herr Mollath schon nach kurzer Zeit wieder entlassen werden könnte. Ich erklärte ihm auch, dass das aus meiner Sicht eine deutlich weniger belastende Vorgehensweise darstellen könnte. Dies bezeichnete ich gegenüber Herrn Mollath auch als ein Entgegenkommen (bei der Vielzahl meiner Termine). Ich hätte tatsächlich die Begutachtung des Herrn Mollaths beschleunigt durchgeführt. Wenn Herr Mollath das als ‚Gefälligkeitsgutachten‘ ansieht, so mag das aus seiner Sicht nicht ganz abwegig sein.“

Zumindest aus Herrn Mollaths Sicht war es aufgrund des Verlaufs und der Inhalte der zwischen ihm und Herrn Dr. Wörthmüller geführten Gespräche tatsächlich nicht abwegig oder gar wahnhaft, den Schluss zu ziehen, Dr. Wörthmüller habe ihm ein ‚Gefälligkeitsgutachten‘ angeboten, weil er mit ‚Schwarzgeldverschiebern‘ in Verbindung steht. Dies war zwar objektiv falsch, eine derartige Fehleinschätzung war aber keineswegs wahnbedingt, sondern lediglich eine unzutreffende, objektiv betrachtet durchaus auch abwegige, aber zumindest logisch erklärbare Schlussfolgerung Herrn Mollaths aus realen Begebenheiten.“ (Bl. 251 – 253 d.A. 151 Js 22423/12 der Staatsanwaltschaft Regensburg)

Die Staatsanwaltschaft Regensburg steht hierbei in völliger Übereinstimmung mit der Verteidigung, die einen Monat zuvor in ihrem Wiederaufnahmeantrag – ohne Berücksichtigung der Aussagen des Dr. Wörthmüller, aber unter Auswertung der vom Sachverständigen ignorierten Befangenheitsanzeige Wörthmüllers und der gerichtsbekannten, aber ebenfalls ignorierten Eingaben Mollaths sowie unter Verwendung der Handelsregisterauszüge sowie der vom Nürnberger Ordnungsamt mitgeteilten Meldeadressen Dr. Wörthmüllers und Roffenhofers – zu folgendem Ergebnis kam:

„Bernhard Roggenhofer ist mit Dr. Wörthmüller *‚freundschaftlich verbunden‘*. Von Bernhard Roggenhofer wird Dr. Wörthmüller über Gustl Mollath informiert. Diese Informationen sind offenbar nicht neutraler Natur, sondern schaffen bei Dr. Wörthmüller ein festes ‚Meinungsbild‘. Aufgrund des *‚so erhaltenen Meinungsbildes und der damit verbundenen persönlichen Verquickung‘* sieht Dr. Wörthmüller sich außerstande, als Gutachter tätig zu werden. Roggenhofer arbeitet in der Fortezza Finanz AG eng zusammen mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der HypoVereinsbank, die gemeinsam mit Petra Mollath in

den Neunziger Jahren in der Vermögensanlage-Abteilung vermögende Privatkunden der HypoVereinsbank betreut haben. Mitarbeiter dieser Abteilung waren in den Neunziger Jahren an – wie auch immer durchgeführten – Transfers von Bargeld und Wertpapieren in großen Mengen beteiligt<sup>8</sup>, welche in der Schweiz angelegt und deponiert wurden, um die Besteuerung der daraus fließenden Erträge in Deutschland zu vermeiden. Diese Transfers waren völlig zu Recht – und nicht nur von Mollath allein – als Verschiebung von Schwarzgeld<sup>9</sup> bezeichnet worden.

Hatte somit die mehrfach durch Mollath erklärte ‚*Verbindung von Dr. Wörthmüller zu den Schwarzgeldverschieberkreisen*‘ eine tatsächliche Basis? Alle mal. Die ‚*Verbindung von Dr. Wörthmüller zu den Schwarzgeldverschieberkreisen*‘ war angesichts der engen geschäftlichen Zusammenarbeit des Bernhard Roggenhofer mit ehemaligen Mitarbeitern der Vermögensanlage-Abteilung der Hypovereinsbank und der freundschaftlichen Verbundenheit des Dr. Wörthmüller mit Bernhard Roggenhofer jedenfalls eine Behauptung, der ein hohes Maß an realitätsgestützter Plausibilität zukam.“

## 5. Ergebnis

Es erweist sich also, dass schon zum Einweisungszeitpunkt die Voraussetzungen für eine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nicht vorgelegen haben. Die Behauptung des Landgerichts Nürnberg-Fürth in seinem Urteil vom 8.8.2006,

„dass der Angeklagte fast alle Personen, die mit ihm zu tun haben, z.B. den Gutachter Dr. Wörthmüller, völlig undifferenziert mit diesem Skandal in Verbindung bringt und alle erdenklichen Beschuldigungen gegen diese Personen äußert.“ (UA S. 25)

---

<sup>8</sup> Hierzu mein Wiederaufnahmegesuch vom 19.2.2013, S. 106 ff. („Der Sonderrevisionsbericht der Hypovereinsbank vom 17.3.2003“ - <http://www.strate.net/de/dokumentation/Mollath-Wiederaufnahmeantrag-2013-02-19.pdf>)

<sup>9</sup> Wobei hier betont wird: „Schwarzgeld“ musste nicht unbedingt bedeuten, dass die transferierten Vermögensmassen von vornherein unbesteuert waren; sie wurden aber zu „Schwarzgeld“, weil die aus ihnen fließenden Erträge der Besteuerung entzogen werden sollten.

ist **falsch** und **ohne tatsächliche Grundlage**. Ohne dass noch abgewartet werden müsste, was das Landgericht Regensburg hierzu sagt, steht die Falschheit hier und heute schon fest. Hiervor kann und darf die Strafvollstreckungskammer aus verfassungsrechtlichen Gründen<sup>10</sup> die Augen nicht verschließen. Eine Bindung an vermeintlich rechtskräftig gewordene Feststellungen in dem Urteil vom 8.8.2006 gibt es nicht.

Die Maßregel ist in entsprechender Anwendung des § 67c Abs. 2 Satz 5 StGB für erledigt zu erklären. Die Freilassung Gustl Mollaths ist anzuordnen. Es ist festzustellen, dass Führungsaufsicht nicht eintritt<sup>11</sup>.

Aus der Stellungnahme des Bezirkskrankenhauses Bayreuth vom 4.3.2013 ergibt sich **nichts**, was meinem Vortrag entgegenstünde.

Der Rechtsanwalt

---

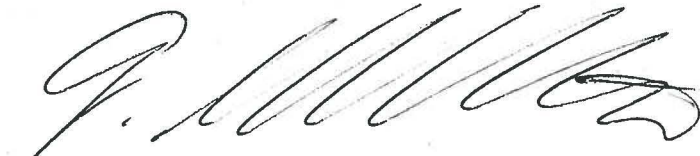
<sup>10</sup> Vgl. die oben zitierten Entscheidungen des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts: BVerfGE 70, 297, 308 und BVerfGE 86, 288, 317

<sup>11</sup> Vgl. OLG Dresden in NStZ 2008, 630f.

Vollmacht

Hiermit beauftrage ich  
Herrn Rechtsanwalt Dr. Gerhard Stede  
aus Hamburg mit meiner  
Vertretung und Verteidigung  
im Strafvollstreckungsverfahren  
aus dem Urteil des Landgerichts  
Nürnberg-Fürth vom 8.8.2006.

Bayreuth 9.4.2013

  
Ernst Ferdinand Mollath

Gust Ferdinand Hellath  
zurzeit, gegen meinen Willen, im  
BKK Bayreuth, Nordring 2, 95445 Bayreuth

An Herr Kahler  
Vorsitzender Richter  
Strafvollstreckungskammer  
Landgericht  
Wittelsbacherding 22  
95444 Bayreuth

Bayreuth den 9.4.2013

A.Z.: St VK 557103

Sehr geehrter Herr Richter Kahler,  
ich bitte Sie höflich mich dabei  
zu unterstützen, daß ich meine  
Freiheit auf Grund eines Wieder-  
aufnahme verfahrens erziele  
und nicht auf Grundlage eines  
Verfahrens, das meine Verurteilung  
zur Basis hat.

Vielen Dank  
für Ihre mögliche Unterstützung

Mit freundlichen Grüßen

G. Hellath

Klinikum am Europakanal □ Postfach 12 60 □ 91002 Erlangen

Amtsgericht Nürnberg  
Abteilung für Strafsachen  
Herrn Richter Eberl  
Fürther Straße 110

90429 Nürnberg

per Fax: 0911 / 321-2124

Erlangen, 01.07.2004


Aktenzeichen 41 Ds 802 Js 47/03;  
Strafverfahren gegen Herrn Mollath, Gustl Ferdinand  
hier: Befangenheitsanzeige

Sehr geehrter Herr Richter Eberl

mit Beschluss des Amtsgerichts vom 22.04.2004 wurde ich beauftragt, oben genannten Angeklagten im Rahmen einer Unterbringung nach § 81 StPO im Hinblick auf die Frage der Schuldfähigkeit und der Notwendigkeit einer Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus zu untersuchen. Herr Mollath wurde gestern, am 30.06.2004 in die hiesige Klinik eingeliefert, am gleichen Tag wurden mir die Akten (die zuvor nur ungesichtet eingebracht wurden) erneuert (zurückgefordert wurden) erneuert. In der vergangenen Woche bereits persönlich (besondere ein Nachbar, mit der ich über seine Sichtweise der Angeklagten auch jenen aufsuchen). Aufgrund der mit verbundenen persönlichen Notwendigkeiten der Objektivität das vorzunehmen. Auch eine Übertragung auf eine andere Person bzw. die hiervon

Leider ist es so, dass ich in der vergangenen Woche bereits persönlich (besondere ein Nachbar, mit der ich über seine Sichtweise der Angeklagten auch jenen aufsuchen). Aufgrund der mit verbundenen persönlichen Notwendigkeiten der Objektivität das vorzunehmen. Auch eine Übertragung auf eine andere Person bzw. die hiervon

Ich bedaure, dass ich den von Ihnen freundlichweise übermittelten Auftrag somit nicht erfüllen kann. Ich hoffe, Ihnen hiermit nicht zu viele Unannehmlichkeiten zu bereiten und verbleibe mit dem besten Wunsch nach weiterhin guter Zusammenarbeit und freundlichen kollegialen Grüßen

  
Dr. med. M. Wörthmüller  
Psychiater/Dipl.-Psych./Oberarzt  
Leiter der forensischen Abteilung  
des Klinikums am Europakanal

KLINIKUM  
AM EUROPAKANAL  
ERLANGEN  
Klinik für Psychiatrie  
und Psychotherapie  
Chefarzt Prof. Dr. Schneider  
Forensische Abteilung

□ UNSER ZEICHEN:

Dr. Wörthmüller/Tr.

□ AUSKUNFT ERTEILT:

Hr. Dr. Wörthmüller

Gebäudeteil : F  
Zimmer-Nr. : F035

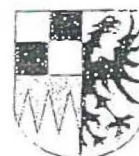
Telefon: 09131/753-2464  
Telefax: 09131/753-2755

www.klinikum-am-europakanal.de

□ ANSCHRIFT:

Am Europakanal 71  
91056 Erlangen

Buslinien 268 / 293  
Haltestelle  
Klinikum am Europakanal



## Krankengeschichte Nr.

Mollath, Gustl-  
Ferdinand  
07.11.56

(Diese Krankengeschichte bleibt Eigentum des Bezirkskrankenhauses Bayreuth)

Diagnose	Hauptdiagnose nach WHO
1. ----- Hauptdiagnose (Erkrankung, welche die Aufnahme bedingte)	<div></div>
2. ----- Nebendiagnose	Gef. 11.03.05 11. H.
3. ----- Nebendiagnose	

Datum	Krankengeschichte
14.02.05	<p>Zuletzt wohnhaft Volbehrstr. 4, 90491 Nürnberg, ohne Konfession. Familienstand: Geschieden. Nach eigenen Angaben keine Kinder.</p> <p>Die <b>Aufnahme</b> des Patienten erfolgt durch Herrn Dr. P. [REDACTED] Vorliegend sind die handschriftlichen Aufzeichnungen des Herrn Dr. P. [REDACTED]</p> <p>Patient kommt im Rahmen des § 81 zur Begutachtung von Nürnberg zur Aufnahme.</p> <p>Er sei am 13.02.2005 mittags zu Hause von der Polizei abgeholt worden und in eine Zelle gesperrt worden. Es sei kalt gewesen. Es gab nur ein gemauertes Bett mit einem Brett, keine Decke. Der Ventilator lief die ganze Zeit. Essen erhielt er nicht, es gab auch kein Wasser. Kontakt zu Angehörigen sei verweigert worden (hier folgt eine langatmige Auslegung des Grundgesetzes, gegen das die Polizei verstoßen habe). Um auf sich aufmerksam zu machen, habe er Wasser mit einem Becher aus der Toilette geschöpft, woraufhin die Polizei die Zelle gestürmt habe, ihn zu Boden warf, versuchte, ihm den Arm auszukugeln und eine Schürfwunde am linken Knie und einen offenen Bluterguss am linken Schienbein zufügte (Tetanus-Simultan-Impfung wurde vom Patienten verweigert)!</p> <p>Bei Ankunft hier (rechter Beifahrersitz, halb liegend) war der Patient gefesselt und zwar nicht mit beiden Unterarmen gegeneinander, sondern am Rücken gestreckt parallel. An beiden Handgelenken sind Schwellungen und Hautrötungen festzustellen. Neurologische Ausfälle dort werden verneint. Eine Untersuchung jedoch nicht zugelassen.</p>

Datum	Krankengeschichte
	<p>Bezüglich seines Falles sei alles in den Gerichtsakten nachzulesen, er habe jetzt nicht die Kraft, das komplexe Geschehen und erklären.</p> <p>Er sei hier, weil sein Nachbar Kontakt zu Schwarzgeldkreisen habe, zu welchen auch Dr. Wörthmüller gehöre. Dr. Wörthmüller wollte das Schweigen des Patienten „erpressen“, indem er ihm ein „Good-will“-Gutachten angeboten habe. Daraufhin habe der Patient dafür gesorgt, dass dieser seine Befangenheit zugeben musste, deshalb sei er nunmehr hier in Bayreuth.</p> <p>Er sei geschieden, habe keine Kinder. Er lebe seit Jahren von Biolebensmitteln. Er verweigere die Nahrungsaufnahme, wenn er diese Lebensmittel nicht bekomme, da er multiple Allergien gegen konventionelle Lebensmittel habe. Er nehme keine Medikamente. Er habe keine körperlichen Erkrankungen oder Krankenhausaufenthalte hinter sich. Ein weiteres Gespräch verweigere er, ebenso internistische und neurologische Untersuchung.</p> <p><b>Psychischer Befund:</b></p> <p>Wach, orientiert, ungepflegt. Auffällig ist das negativistische Weltbild, indem er der Benachteiligte ist. Es mutet an, dass es sich um paranoides Umdenken handelt, insbesondere die Schwarzgeldkreisverschwörung gegen ihn. Es dominieren ferner Größenphantasien. Auf Stimmenhören befragt, antwortet er: Er höre eine innere Stimme, die ihm sage, er sei ein ordentlicher Kerl, er spüre sein Gewissen, im Grundgesetz sei die Gewissensfreiheit verankert, es gebe nur Gerechtigkeit oder Tod. Dies hier sei ein Unrechtsstaat.</p> <p>Die Ichgrenzen wirken verschwommen, die Ausführungen sind ausufernd, scheinologisch in Abwechslung mit vernünftigen Gedanken.</p> <p>Der Affekt ist heiter, Gedächtnis und Merkfähigkeit im Untersuchungsgang regelrecht. Die Stimmung wirkt grenzwertig gehoben, Suizidalität ist nicht zu eruieren.</p> <p>Dr. med. P. [REDACTED]</p> <p>Vorliegend ist ein Beschluss des Amtsgerichtes Nürnberg vom 16.09.2004, AZ: 41 Ds 802 Js 1743/03.</p> <p>Hier wird ausgeführt: Strafverfahren gegen Mollath, Gustl-Ferdinand wegen Körperverletzung.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Zur Vorbereitung eines Gutachtens über den psychischen Zustand des Angeklagten ist der Angeklagte für die Dauer von höchstens 5 Wochen in das BKH Bayreuth zu verbringen und zu beobachten (§ 81 StPO). Er ist zu entlassen, sobald der Untersuchungszweck erfüllt ist.</li> <li>2. Mit der Erstellung des medizinischen Sachverständigengutachtens zu der Frage, ob bei dem Angeklagten zu den Tatzeiten 12.08.2001, 31.05.2002, 23.11.2002 die Voraussetzungen der §§ 20, 21 StGB bzw. von § 63 StGB vorliegen, wird der Leiter der Klinik für Forensische Psychiatrie am Bezirkskrankenhaus Bayreuth, Herr Chefarzt Dr. Leipziger, beauftragt. Dann erfolgt die Begründung des Beschlusses. Unterschrift: Eberl, Richter am Amtsgericht Nürnberg.</li> </ol> <p>Auch am 16.02.2005 verweigert der Patient jegliche Untersuchung. Er sei nicht krank, er werde sich weder körperlich noch neurologisch untersuchen lassen. Er werde ferner keine wesentlichen Auskünfte erteilen, ebenso wird eine Blutuntersuchung von ihm verweigert. Er führt hierzu aus, bereits im</p>

Az.: 151 Js 22423/12

**Wiederaufnahmeverfahren**

zugunsten Gustl Ferdinand Mollath	Beginn der Vernehmung: <i>16 45</i>
wegen vors. Körperverletzung u.a., insbes. Unterbringung gem. § 63 StGB	Ende der Vernehmung:

**Protokoll über die Zeugenvernehmung vom 14.12.2012****Anwesend:**

- LOSTA Böhm und OSTA Dr. Meindl als Vernehmungspersonen
- Der Zeuge ~~Prof.~~ Dr. Wörthmüller, der an seiner Arbeitsstelle im Klinikum am Europakanal in 91056 Erlangen, Am Europakanal 71 nach telefonscher Ankündigung und Terminvereinbarung aufgesucht wird

Der Zeuge wird mit dem Gegenstand der Vernehmung (seine angebliche Äußerung gegenüber Medienvertretern über Gustl Mollath) vertraut gemacht. Er wird über seine Pflichten gem. § 57 StPO belehrt.

**Pflichtangaben zur Person:**

Familiennamen/Ehename (einschließlich Namensbestandteilen)		
<i>Dr. WÖRTHMÜLLER</i>		
Ggf. Geburtsname (einschließlich Namensbestandteilen)		
Vorname(n) (Rufname unterstreichen)		
<i>Michael</i>		
Geschlecht <input checked="" type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich	Familienstand 	
Geburtsdatum 	Geburtsort/-kreis 	Geburtsland
Staatsangehörigkeit <i>dt.</i>	Ausgeübter Beruf <i>Phys.</i>	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis)		
<i>V.O.</i> <i>(best. auch tel. erreichbar)</i>		
Ggf. Zweitanschrift oder sonstige postalische Erreichbarkeit		
Telefonnummer privat (freiwillig)		Telefonnummer beruflich (freiwillig)
		

## Angaben zur Sache:

Vorhalt. Herr ~~Prof.~~ Dr. Wörthmüller, den Medien war zu entnehmen, dass Sie sinngemäß gesagt haben sollen, sie könnten verstehen, weshalb Herr Gustl Mollath Sie als „Mitglied der Schwarzgeldverschieberkreise“ bezeichnet hat.

Folgende Fragen sind zur Vorbereitung eines Wiederaufnahmeverfahrens von Interesse:

- Haben Sie sich dergestalt geäußert? Sind Ihre Äußerungen zutreffend wiedergegeben?
- Wenn ja, was wollten Sie damit zum Ausdruck bringen

Dem Zeugen wird ein Zeitungsartikel, in dem er zitiert wird vorgelegt.

Zur Sache macht der Zeuge nun nachfolgende Angaben, die handschriftlich festgehalten werden.

Der Zeuge erklärt:

*Der Artikel ist mir bekannt.*

*Wenige Tage vor Verbringung d. Herrn Mollath in unsere Klinik, kam ich mit einem Mann, der sich auf meinem Privatgrundstück befand und eine Kassettenkassette mit Schriftstücken und einer Comicfigur von den Hals getragen hatte, im Gespräch. Den Mann kannte ich damals nicht, wenige Tage später, als derselbe Mann bei uns in der Klinik eintraf, erkannte ich ihn wieder; es war Herr Mollath.*

*Im Gespräch auf meinem Privatgrundstück stellte sich nach kurzer Zeit heraus, dass H. Mollath mein Vordirektor, Herr Roggenhofer suchte. H. Mollath verließ dann mein Grundstück in Richtung d. Hauses Roggenhofer. H. Mollath machte auf mich einen unheimlichen Eindruck, von oben herab bedrohlich od. aggressiv.*

*Am selben Abend unterhalte ich mich mit H. Roggenhofer über H. Mollath und die Hintergründe seines Besuchs. H. Roggenhofer erzählte mir, es gäbe bei H. Mollath einen Ehekonflikt, dass Frau habe einen neuen Partner, den er (Roggenhofer) kenne. H. Mollath erhebe Vorwürfe gegenüber seiner Frau, dass diese Gelder in die Schweiz verbracht habe. Frau Mollath soll nach Roggenhofers Angaben bei der Hypothekensanktion tätig sein.*

H. Roggenlafer hat mir geschrieben, es wäre nicht und keine besteht, daß bei mir der Einbruch entstanden, dass tatsächlich derartige Folter mit Ferner stattgefunden haben könnten. Es stand im Raum, daß es um die Verbringung von Geld in die Schweiz geht. H. Roggenlafer sagte, der Herr von Hörn - Jäger - dass er daran selbst beteiligt gewesen wäre, hat er nicht gesagt. Der Gesprächsschwerpunkt lag aber in der Beziehungsbilanz d. Ehepaars Mollath.

~~Unmittelbar~~ Nach der Einlieferung in unsere Klinik kam es zu einem Gespräch zwischen mir und H. Mollath. Mir war sofort bewusst, daß wir wenige Tage zusammengebracht waren (i.o.). Ich sagte H. Mollath, wir müßten beide prüfen, ob wegen dieser Umstände (v.o.) eine objektive Begutachtung durch mich überhaupt noch möglich ist. Einerseits wollte ich ihm empfehlen, ein zweites Mal in eine andere Klinik eingewiesen zu werden, andere Seite betonte mich der persönliche Kontakt im Vorfeld. H. Mollath hat mir sehr skeptisch gegenüber. Ich vereinbarte mit ihm, nach einer ~~Few~~ wenige Tage zu prüfen, ob trotz dieser Umstände eine Begutachtung mit der notwendigen Objektivität durch mich und kooperativität durch ihn herbeiführen können.

Meine Vorstellung war es schon, zu prüfen, ob es möglich ist die Sache mit der HVB ~~an~~ an den Rand zu stellen und die Begutachtung auf die Frage bezogen der Körperkategorisierung zu fokussieren. Aus einer sehr im Rahmen mehrerer Gespräche als nicht machbar. Sowohl H. Mollath als auch ich kamen zu dem Schluss, daß eine Begutachtung im beschriebenen Rahmen nicht möglich ist.

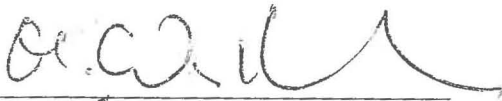
Aufgrund dessen erklärte ich meine Befangenheit.

Meine Äußerung gegenüber der Presse ist abwegig und zu verstehen, dass ich mit H. Mollath psychopathologisch auffällig erschien und wir nicht verwandt ist, daß ~~ich~~ er mich in den Kreis d. Schwarzgeldverschwendung einbezieht. ~~Für das~~ <sup>eventuelle</sup> Das Vorliegen

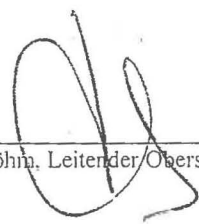
6.  
eine Paranoia <sup>würde</sup> erklärt dergestige Vorstellungen  
d. H. Mollath ebenfalls erklären.

Der Zeuge erklärt: Meine Angaben wurden mir noch einmal vorgelesen; ich hatte auch Gelegenheit, die Niederschrift noch einmal selbst zu lesen.

- ☒ Die Niederschrift gibt meine Angaben zutreffend wieder.  
☐ Folgende Änderungen sind vorzunehmen:



Prof. Dr. Wörthmüller, Zeuge



Böhme, Leitender Oberstaatsanwalt

Leseabschrift Zeugenvernehmung Dr. Wörthmüller

Der Zeuge erklärt:

Der Artikel ist mir bekannt.

Wenige Tage vor Verbringung des Herrn Mollath in unsere Klinik, kam ich mit einem Mann, der sich auf meinem Privatgrundstück befand und eine Klarsichtfolie mit Schriftstücken und einer Comicfigur um den Hals getragen hatte, ins Gespräch. Den Mann kannte ich damals nicht, wenige Tage später, als derselbe Mann bei uns in der Klinik eintraf, erkannte ich ihn wieder; es war Herr Mollath.

Im Gespräch auf meinem Privatgrundstück stellte sich nach einiger Zeit heraus, dass Herr Mollath meinen Nachbarn, Herrn Roggenhofer, suchte. Hr. Mollath verließ dann mein Grundstück in Richtung des Anwesens Roggenhofer. Hr. Mollath machte auf mich einen skurrilen Eindruck, war aber keineswegs bedrohlich oder aggressiv.

Am selben Abend unterhielt ich mich mit Hr. Roggenhofer über Hr. Mollath und die Hintergründe seines Besuchs. Hr. Roggenhofer erzählte mir, es gäbe bei Hr. Mollath einen Ehekonflikt, dessen Frau habe einen neuen Partner, den er (Roggenhofer) kenne. Hr. Mollath erhebe Vorwürfe gegenüber seiner Frau, dass diese Gelder in die Schweiz verbracht habe. Frau Mollath soll nach Roggenhofers Angabe bei der HypoVereinsbank tätig sein.

Hr. Roggenhofer hat mir gegenüber in einer Art und Weise berichtet, dass bei mir der Eindruck entstand, dass tatsächlich derartige Fahrten mit Ferraris stattgefunden haben könnten. Es stand im Raum, dass es um die Verbringung von Geld in die Schweiz geht. Hr. Roggenhofer erzählte, das wisse er vom Hören-Sagen. Dass er daran selbst beteiligt gewesen wäre, hat er nicht gesagt. Der Gesprächsschwerpunkt lag aber in der Beziehungsproblematik des Ehepaares Mollath.

Nach der Einlieferung in unsere Klinik kam es zu einem Gespräch zwischen mir und Hr. Mollath. Uns war sofort bewusst, dass wir wenige Tage zuvor zusammengetroffen waren (s. o.). Ich sagte Herrn Mollath, wir müssen beide prüfen, ob wegen dieser Umstände (s. o.) eine objektive Begutachtung durch mich überhaupt noch möglich ist. Einerseits wollte ich ihm ersparen, ein zweites Mal in eine andere Klinik eingewiesen zu werden, andererseits belastete mich der persönliche Kontakt im Vorfeld. Hr. Mollath trat mir sehr skeptisch gegenüber. Ich vereinbarte mit ihm, noch einige wenige Tage zu prüfen, ob trotz dieser Umstände eine Begutachtung mit der notwendigen Objektivität durch mich und Kooperativität durch ihn zustande kommen kann.

Meine Vorstellung war es schon, zu prüfen, ob es möglich ist, die Sache mit der HVB an den Rand zu stellen und die Begutachtung auf die Angelegenheit der Körperverletzungsdelinquenz zu konzentrieren. Dies erwies sich im Rahmen mehrerer Gespräche als nicht machbar. Sowohl Hr. Mollath als auch ich kamen zu dem Schluss, dass eine Begutachtung im beauftragten Rahmen nicht möglich ist.

Aufgrund dessen erklärte ich meine Befangenheit.

Meine Äußerung gegenüber der Presse ist dahingehend zu verstehen, dass mir Hr. Mollath psychopathologisch auffällig erschien und mir nicht verwunderlich ist, dass er mich in den Kreis der „Schwarzgeldverschieber“ einbezieht. Das evtl. Vorliegen einer Paranoia würde derartige Vorstellungen des Herrn Mollath ebenfalls erklären.



Az.: 151 Js 22423/12

**Wiederaufnahmeverfahren**

zugunsten Gustl Ferdinand <b>Mollath</b>	Beginn der Vernehmung: 12.35 Uhr
wegen vors. Körperverletzung u.a., insbes. Unterbringung gem. § 63 StGB	Ende der Vernehmung: 16.10 Uhr

**Protokoll über die Zeugenvernehmung vom 11.03.2013****Anwesend:**

- **OSTA Dr. Meindl** und **StAGL Dr. Pfaller** als Vernehmungspersonen
- Justizangestellte **Helmberger** als Protokollführerin
- Der Zeuge **Dr. Michael Wörthmüller**, auf Ladung erschienen in den Diensträumen der Staatsanwaltschaft Regensburg

Der Zeuge wird mit dem Gegenstand der Vernehmung (Gespräch mit seinem Nachbarn, Herrn Roggenhofer, über Gustl Mollath; Zeitungsartikel der Nürnberger Nachrichten vom 07.03.2013) vertraut gemacht. Er wird auf seine Pflichten gem. § 57 StPO hingewiesen.

**Pflichtangaben zur Person:**

Familienname/Ehename (einschließlich Namensbestandteilen) <b>Dr. Wörthmüller</b>		
Ggf. Geburtsname (einschließlich Namensbestandteilen)		
Vorname(n) (Rufname unterstreichen) <b>Michael</b>		
Geschlecht: <b>männlich</b>	Familienstand: [REDACTED]	
Geburtsdatum: [REDACTED]	Geburtsort/-kreis: [REDACTED]	Geburtsland: [REDACTED]
Staatsangehörigkeit: <b>deutsch</b>	Ausgeübter Beruf: <b>Psychiater, forensische Psychiatrie, Dipl.-Psychologe</b>	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis) <b>Klinik am Europakanal, 91056 Erlangen, Am Europakanal 71 (dienstlich)</b>		
Ggf. Zweitanschrift oder sonstige postalische Erreichbarkeit		
Telefonnummer privat (freiwillig)	Telefonnummer beruflich (freiwillig) [REDACTED]	

## Angaben zur Sache:

### **Vorhalt:**

Herr Dr. Wörthmüller, anknüpfend an Ihre am 14.12.2012 gemachten Angaben gegenüber der Staatsanwaltschaft Regensburg ergeben sich noch einige Fragen an Sie, nachdem zwischenzeitlich auch der damals von Ihnen benannte Bernhard Roggenhofer ausgesagt hat.

Sie haben damals angegeben, dass Sie nach Ihrer Erinnerung wenige Tage vor der Einlieferung des Herrn Mollaths in die Klinik am Europakanal Erlangen zur Beobachtung gem. § 81 StPO auf Ihrer Station mit einem Ihnen bis dahin unbekannten Mann ins Gespräch gekommen seien, der sich auf Ihrem Privatgrundstück vor Ihrem Haus aufgehalten habe und offensichtlich nach einem Namensschild gesucht habe. Der Mann habe einen Plastikbrustbeutel um den Hals gehängt gehabt, in dem sich offensichtlich Schriftstücke befanden. In diesem Gespräch habe dieser Mann versucht, Ihren Namen zu erfahren, den Sie ihm aber nicht gesagt hätten. Es habe sich herausgestellt, dass der Mann auf der Suche nach einem Herrn Bernd Roggenhofer war. Bei Herrn Roggenhofer habe es sich um Ihren Hausnachbarn gehandelt. Sie hätten dem auf Sie sehr skurril, aber keinesfalls bedrohlich wirkenden Mann dann den Weg zum Anwesen Roggenhofer gezeigt. Am selben Abend hätten Sie sich dann mit Herrn Roggenhofer unterhalten. Dieser habe Ihnen erzählt, dass der Mann, wie er wisse, Probleme mit seiner (des Mannes) Ehefrau habe, weil diese einen neuen Partner habe, den er (Roggenhofer) gut kenne. Der Mann erhebe nun Vorwürfe gegen seine Frau. Diese soll nach Herrn Roggenhofers Angaben bei der HypoVereinsbank tätig gewesen sein und Gelder in die Schweiz verbracht haben. Herr Roggenhofer habe Ihnen einige Details erzählt, an die Sie sich allerdings nicht mehr erinnern könnten. Sie hätten den Eindruck gehabt, dass Ihnen Roggenhofer ein tatsächliches Geschehen schildere, z.B. dass auch der Mann mit seiner Ehefrau Fahrten in die Schweiz getätigt habe. Sie hätten Roggenhofer aber so verstanden, dass dieser dies auch nur vom Hören-Sagen wisse.

Herr Roggenhofer hat, nachdem ihm Ihre Angaben vom 14.12.2012 mitgeteilt wurden, allerdings u.a. Folgendes angegeben:

„Ich kann mich an ein derartiges Gespräch zwischen mir und meinem Nachbarn, Herrn Wörthmüller – mit dem ich mich schon damals duzte –, erinnern, habe aber keine Einzelheiten mehr präsent.“

„Dass es sich bei dem „Besucher“ des Herrn Wörthmüller um Herrn Mollath gehandelt hat, weiß ich – obwohl ich nie persönlich Kontakt mit Herrn Mollath hatte – deshalb, weil mir Herr Wörthmüller sagte, ein Herr Mollath habe mich (Roggenhofer) aufsuchen wollen. Das ist jedenfalls meine Erinnerung.“

„Es muss wohl kurz vor dem 30.06.2004 gewesen sein als mir Herr Dirsch erzählte, er habe Herrn Mollath im Treppenhaus unserer Büroräume (damals in der Schniedlinger Straße in Nürnberg) angetroffen. Herr Mollath habe ihm (Dirsch) gesagt, er suche mich (Roggenhofer), er (Dirsch) habe Herrn Mollath aber weggeschickt. Herr Dirsch erzählte mir, Herr Mollath habe ihn bei dieser Gelegenheit gefragt, was ich (Roggenhofer) mit ihm (Dirsch) zu tun habe. Ob und wie Herr Dirsch auf diese Frage reagierte weiß ich nicht. Dieses Ereignis (Aufsuchen des Herrn Mollaths in unserem Bürogebäude) könnte vielleicht sogar an demselben Tag gewesen sein, an dem ich mit Herrn Wörthmüller über Herrn Mollath gesprochen habe.“

„Da ich ja gar nicht wusste, dass mich der Herr Mollath an dem fraglichen Tag bei mir zu Hause aufsuchen wollte, bin ich mir logischerweise sicher, dass ich Herrn Wörthmüller auf diesen Besuch nicht angesprochen habe, weil ich weder wusste dass mich Herr Mollath aufsuchen wollte, noch wusste, dass Herr Mollath aus diesem Anlass Kontakt mit Herrn Wörthmüller hatte. Aus dieser Überlegung heraus muss es so gewesen sein, dass mich Herr Wörthmüller auf den Besucher angesprochen hat. Vermutlich war dies abends (ein genaues Datum oder einen Wochentag kann ich beim besten Willen nicht nennen) auf dem gemeinsamen Garagenhof. Ich glaube nicht, kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass Herr Wörthmüller mich zu Hause in meinem Reihenhaus besucht hat, um mich auf den Besucher anzusprechen. Wie Herr Wörthmüller das Gespräch über Herrn Mollath begonnen, eingeleitet hat, ist mir nicht mehr in Erinnerung. Nach meiner Erinnerung erzählte ich Herrn Wörthmüller dann das, was ich von Herrn Dirsch wusste. Dabei war mir einzig und allein wichtig, Herrn Wörthmüller darauf hinzuweisen, dass ich als Partner des Herrn Dirsch mit den

Vorgängen im Zusammenhang mit der HypoVereinsbank, deren Mitarbeitern, insbesondere einer Frau Mollath, in keinsten Weise in Verbindung stehe. Logischerweise muss mir Herr Wörthmüller bei diesem Gespräch den Namen Mollath genannt haben. Ich kann mich erinnern, dass mir Herr Wörthmüller sagte, dieser Herr Mollath habe mich (Roggenhofer) gesucht. An weitere Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern. Das ist alles schon viel zu lange her. Ich weiß nicht mehr was ich im Einzelnen mit Herrn Wörthmüller über Herrn Mollath gesprochen habe."

„Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen warum mich Herr Mollath aufsuchen wollte.“

Auf Frage an Herrn Roggenhofer, ob dieser, wie Sie, Herr Wörthmüller, am 14.12.2012 angegeben haben, Informationen darüber gehabt habe, dass Frau Mollath mit einem PKW, genauer mit einem Ferrari, Geld in die Schweiz verbracht hat, antwortete Herr Roggenhofer:

„Wenn mir jetzt die Aussage des Herrn Wörthmüller in ihrem vollem Wortlaut vorgelesen wird, kann ich dazu sagen:

Dass mir durch die Erzählungen des Herrn Dirsch bekannt war, dass es bei Herrn Mollath einen Ehekonflikt gibt, ist richtig. Darüber habe ich mit Herrn Wörthmüller auch gesprochen. Dass ich Herrn Wörthmüller gesagt haben soll, ich kenne den neuen Partner von Mollaths Frau, ist nicht richtig, da ich Frau Mollath ja gar nicht persönlich kannte und mir auch niemand bekannt war, der der neue Partner von Frau Mollath sein sollte. Wenn mir jetzt vorgehalten wird, dass es sich um den damaligen „neuen Partner“ der Frau Mollath um Herrn Maske gehandelt hat, kann ich nur darauf verweisen, dass ich diesen weder damals kannte noch heute kenne.“

Herr Roggenhofer erklärte weiter:

„Ich habe – außer von Herrn Dirsch – von niemandem irgendwelche Informationen über Frau Mollath erhalten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich Herrn Wörthmüller so detailliert, wie er es angibt über Fahrten der Frau Mollath in die Schweiz mit einem Ferrari zum Zwecke der Bargeldverbringung gesprochen habe. Ich wusste zum damaligen Zeitpunkt - und zwar von Herrn Dirsch - nur, dass Herr Dirsch und Frau Mollath mit Wissen und im Auftrag der Hypo Vereinsbank mit Schweizer Banken Geschäfte tätigten. Nähere Informationen zum Inhalt und Gegenstand dieser Geschäftsbeziehungen hatte ich nach meiner Erinnerung von Herrn Dirsch nicht erhalten. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass ich Herrn Wörthmüller eine derartige Information („Verbringung von Geld in die Schweiz durch Frau Mollath mit einem Ferrari“) gegeben habe.“

Zur Sache macht der Zeuge Dr. Wörthmüller nun nachfolgende Angaben, die wie folgt protokolliert werden.

#### **Frage:**

Sind die von Herrn Roggenhofer geschilderten Umstände des Gesprächs zwischen Ihnen und ihm zutreffend dargestellt (Gespräch an einem Abend vor den Garagen)? Hat Herr Mollath sich Ihnen bei seinem „Besuch“ auf Ihrem Grundstück Ihnen namentlich vorgestellt? Haben Sie diesen Namen Herrn Roggenhofer mitgeteilt?

#### **Antwort:**

An die genaue Örtlichkeit des damaligen Gesprächs zwischen mir und Herrn Roggenhofer kann ich mich nicht erinnern. Es war jedenfalls nicht in meinem oder Roggenhofers Haus. Es muss also irgendwo im Freien zwischen diesen Häusern stattgefunden haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sich der „Besucher“ namentlich bei mir vorgestellt hat. Ausschließen kann ich es allerdings nicht. Richtig ist, dass ich Herrn Roggenhofer bei unserem abendlichen Zusammentreffen auf diesen „Besucher“ angesprochen habe.

**Frage:**

Hat Ihnen Herr Roggenhofer, wie er angab, tatsächlich nichts über irgendwelche Fahrten der Ehefrau des Herrn Mollath in die Schweiz zum Zwecke von Geldtransporten mitgeteilt? Hat Ihnen dies möglicherweise Herr Mollath selbst mitgeteilt, nachdem er zur Beobachtung in Ihrer Klinik eingeliefert worden war?

**Antwort:**

Ich erinnere mich, dass mir Herr Roggenhofer schon etwas darüber erzählt hat, dass es sich bei der Person, die ihn offensichtlich besuchen wollte, möglicherweise um dieselbe Person handelt, die ihm (Roggenhofer) aus einem anderen Zusammenhang bekannt ist. Herr Roggenhofer teilte mir nämlich mit, dass er sowieso vorgehabt hätte mit mir über ein Problem zu sprechen, das sich in Roggenhofers geschäftlichem Umfeld aufgetan hat. Herr Roggenhofer erzählte mir anlässlich dieses Gesprächs, dass es da jemanden geben würde, der mit einer Trennungssituation (Ehe) offensichtlich nicht zurechtkommt. Diese Person löse in seinem geschäftlichen Umfeld erhebliche Verunsicherung aus. Im weiteren Verlauf des Gesprächs vermuteten Herr Roggenhofer und ich, dass es sich bei dem „Besucher“ um genau diese Person gehandelt haben könnte. Herr Roggenhofer erzählte mir über diese „verunsichernde Person“, dass diese wohl mit einer Trennung von dessen Ehefrau nicht zurechtkäme. Herr Roggenhofer erzählte mir auch, dass besagte Ehefrau bei der HypoVereinsbank tätig sei oder gewesen sei, und deren Mann, also die „verunsichernde Person“, Vorwürfe dahingehend erhebt, dass Gelder illegal ins Ausland, die Schweiz, verbracht worden sind. Es mag durchaus richtig sein, dass mir Herr Roggenhofer – wie er Ihnen gegenüber angegeben hat – nicht so detailliert über diese Bargeldtransfers berichtet hat, wie ich es am 14.12.2012 Ihnen gegenüber angegeben habe. Möglicherweise habe ich detailliertere Angaben hierzu erst nach diesem Gespräch zwischen Herrn Roggenhofer und mir aus anderer – mir heute jedoch nicht mehr eindeutig benennbarer – Quelle erfahren. Es ist durchaus möglich, dass mir Herr Mollath selbst nach seiner Einlieferung in meine Klinik genauere Detailinformationen über diese Geldtransfers mitgeteilt hat.

**Vorhalt:**

Sie haben am 14.12.2012 auch angegeben, nach der Einlieferung des Herrn Mollath in die Klinik hätten Sie in diesem den Mann wieder erkannt, der Sie einige Tage zuvor „besucht“ habe. Ihnen Beiden sei sofort klar gewesen, dass sie sich vor kurzem begegnet waren. Sie hätten Herrn Mollath gesagt, man müsse nun beiderseits prüfen, ob wegen dieser Umstände eine objektive Begutachtung überhaupt noch möglich sei. Einerseits hätten Sie Herrn Mollath ersparen wollen, ein zweites Mal in eine andere Klinik eingewiesen zu werden, andererseits hätten Sie das persönliche Gespräch im Vorfeld und Ihre anschließenden Erkenntnisse belastet. Herr Mollath sei Ihnen gegenüber sehr skeptisch aufgetreten. Ihre Vorstellung sei gewesen, zu prüfen, ob Sie die Begutachtung durchführen können, indem man sich auf die Körperverletzungsdelinquenz konzentriere und dabei die Sache mit der HypoVereinsbank nur am Rand abhandle. Dies hätte sich im Gespräch mit Herrn Mollath aber als nicht machbar erwiesen. Sowohl Herr Mollath als auch Sie seien dann zu dem Schluss gekommen, dass eine Begutachtung im beauftragten Rahmen nicht machbar sei. Hierauf hätten Sie Ihre Befangenheit gegenüber dem Gericht angezeigt.

**Frage:**

Wie detailliert waren Ihre Erkenntnisse zu der „Sache mit der HypoVereinsbank“? Unter welchen Voraussetzungen genau wäre aus Ihrer Sicht eine Begutachtung durch Sie möglich gewesen?

**Antwort:**

Bei der unmittelbaren Einlieferung des Herrn Mollaths in meine Klinik war ich nach meiner Erinnerung nicht zugegen, wurde darüber aber zeitnah informiert. Als ich Herrn Mollath dann aufsuchte war ich erschrocken, weil ich in ihm den „Besucher“, dem ich kurze Zeit vorher auf meinem Grundstück gegenüberstand, wiedererkannte. Mir war sofort bewusst, dass es sich um die Person handelt, über die ich mit Herrn Roggenhofer gesprochen habe. Da ich mich gegenüber Herrn Roggenhofer auch zu dem aus meiner Sicht auffälligen Geisteszustand des „Besuchers“ – wie ich ihn eingeschätzt habe – geäußert habe, beschäftigte mich sofort die Frage, ob ich unbefangen den Gutachtensauftrag erfüllen kann. Ob sich Herr Mollath mit mir bereits bei unserem ersten Zusammentreffen detaillierter über die Thematik „HypoVereinsbank“ und „Schwarzgeldverschiebungen“ unterhalten hat, weiß ich nicht mehr genau. Jedenfalls habe ich dann am 01.07.2005 den Entwurf einer Befangenheitsanzeige diktiert und schreiben lassen. Es ist inhaltlich genau die Befangenheitsanzeige, die sich auch in den Akten befindet. Ganz sicher, ob ich mich allerdings tatsächlich für befangen erklären musste, war ich mir zu dem Zeitpunkt, als ich die Befangenheitserklärung diktierte, noch nicht. Deswegen sandte ich diese Befangenheitsanzeige auch noch nicht ab. Ich wollte diese Problematik zunächst sorgfältig prüfen und habe dies Herrn Mollath auch gesagt. Ich habe Herrn Mollath vorgeschlagen, sich mit einem Anwalt zu besprechen. Diesen Vorschlag hat Herr Mollath aufgegriffen. Ich kann mich erinnern, dass dann auch der Kontakt zu einem Anwalt hergestellt wurde und Herr Mollath von einem Anwalt aufgesucht wurde. Um abzuklären, ob ich dem Gutachtensauftrag Folge leisten kann, habe ich mich mehrmals mit Herrn Mollath unterhalten. Bei diesen Gesprächen äußerte sich Herr Mollath überhaupt nicht zu den ihm zur Last gelegten Taten, insbesondere nicht zu den ihm vorgeworfenen Körperverletzungsdelikten zu Lasten seiner Ehefrau. Herr Mollath äußerte mir gegenüber, dass er eine Begutachtung grundsätzlich ablehne, weil er sie nicht für notwendig hält. Auch äußerte er Bedenken speziell bzgl. meiner Person als Gutachter. Er begründete dies damit, dass ich ja der Nachbar von Herrn Roggenhofer bin. Herr Mollath sagte, dieser Herr Roggenhofer gehörte zu den Kreisen, die genau mit den Schwarzgeldverschiebungen zu tun haben, gegen die er (Mollath) Vorwürfe erhebe, die keiner hören will. Mir selbst gegenüber hat er in unseren Gesprächen keine Vorwürfe dahingehend erhoben, dass auch ich an illegalen Bankgeschäften beteiligt bin. Herr Mollath hat sich auch geweigert, mir irgendetwas aus seinem persönlichen Leben mitzuteilen, er berichtete lediglich ansatzweise über seine frühere berufliche Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Autohandel, Restauration von Pkw's, insbesondere Ferraris. Herr Mollath äußerte sich ganz überwiegend über die ihn ganz offensichtlich stark bewegende Thematik der „Schwarzgeldverschiebungen“. Er hatte auch schriftliche Unterlagen zu genau dieser Thematik mit dabei. In unseren Gesprächen nahm Herr Mollath hierauf immer wieder Bezug. Herr Mollath hat dabei auch zum Ausdruck gebracht, dass seine Ehefrau hiermit etwas zu tun hat. Näheres hat Herr Mollath dazu allerdings nicht gesagt.

Ich habe mit Herrn Mollath gesprochen ob es aus seiner Sicht denkbar wäre, dass ich den Gutachtensauftrag befolgen kann, wenn sich die Begutachtung auf die Herrn Mollath zur Last gelegten Taten beschränkt und sich die von ihm in den Mittelpunkt gestellte Thematik der „Schwarzgeldverschiebungen“ hint' anstellen lasse. Auch wollte ich prüfen, ob ich unter diesen Bedingungen eine Begutachtung durchführen kann, ohne mich selbst als befangen qualifizieren zu müssen. Ich stellte Herrn Mollath dabei in Aussicht, dass eine Begutachtung durch mich dann auch sehr schnell erfolgen könnte und Herr Mollath schon nach kurzer Zeit wieder entlassen werden könnte. Ich erklärte ihm auch, dass das aus meiner Sicht eine deutlich weniger belastende Vorgehensweise darstellen könnte. Dies bezeichnete ich gegenüber Herrn Mollath auch als ein Entgegenkommen (bei der Vielzahl meiner Termine). Ich hätte tatsächlich die Begutachtung des Herrn Mollaths beschleunigt durchgeführt. Wenn Herr Mollath das als „Gefälligkeitsgutachten“ ansieht, so mag das aus seiner Sicht nicht ganz abwegig sein.

Um Ihre Frage abschließend zu beantworten:

Eine Begutachtung des Herrn Mollaths durch mich wäre evtl. – ohne dass ich mich für befangen gefühlt hätte – möglich gewesen, wenn die von Herrn Mollath in den Mittelpunkt gestellte Thematik der „Schwarzgeldverschiebungen“, mit der er mich in Verbindung brachte, aus dem Mittelpunkt der Begutachtung allenfalls an den Rand geschoben würde.

**Frage:**

Wann sind denn Herr Mollath als auch Sie eigentlich zu dem Schluss gekommen, dass eine Begutachtung im beauftragten Rahmen nicht machbar sei?

**Antwort:**

Nachdem mehrere Gespräche zwischen mir und Herr Mollath stattgefunden haben und Herr Mollath auch anwaltlichen Rat eingeholt hatte, kam es am Montag, den 05.07.2004, zur Erklärung des Herrn Mollaths mir gegenüber, dass er keinesfalls bereit sei, sich unter den von mir ihm genannten Voraussetzungen untersuchen zu lassen. Er gab an, dass ihm die Thematik der „Schwarzgeldverschiebungen“ so wichtig sei, dass er dafür auch persönliche Nachteile in Kauf nehme.

Nachdem mir Herr Mollath dies so erklärt hatte, war mir klar, dass es bei meiner ursprünglichen Einschätzung, dass ich zu einer Gutachtenserstattung wegen der Besorgnis der Befangenheit nicht in der Lage bin, sein Bewenden haben muss. Aus diesem Grund sandte ich die von mir bereits am 01.07.2004 – eigentlich als Entwurf gedachte – verfasste Befangenheitserklärung an das Gericht, worauf Herr Mollath dann auch entlassen wurde.

**Frage:**

Wie oft haben Sie sich mit Herrn Mollath über diese „Problematik“ unterhalten?

**Antwort:**

Ich gehe davon aus, dass ich mich mit Herrn Mollath über das Thema „Rahmenbedingungen einer Begutachtung“ an allen Tagen des Aufenthalts in meiner Klinik – mit Ausnahme Samstag und Sonntag – unterhalten habe.

**Frage:**

Nach Aktenlage muss Ihnen die Thematik der Befangenheit bereits am 01.07.2004, also am Tag nach der Einlieferung des Herrn Mollath in Ihre Klinik, bewusst geworden sein. Weshalb haben Sie dies dann nicht schon am 01.07.2004 dem zuständigen Amtsrichter am Amtsgericht Nürnberg mitgeteilt, sondern damit bis zum 05.07.2004 zugewartet? War Ihnen nicht bewusst, dass für den Fall, dass Sie sich nicht in der Lage sehen, das beauftragte Gutachten zu erstellen, dies umgehend mitgeteilt werden muss?

**Antwort:**

Zu dem ersten Teil Ihrer Frage kann ich auf meine Ausführungen von eben verweisen. Was den zweiten Teil Ihrer Frage anbelangt, war mir das selbstverständlich bewusst, diese Klarheit bestand aber erst am 05.07.2004.

**Frage:**

Was sagen Sie zu dem Inhalt des Zeitungsartikels der Nürnberger Nachrichten vom 07.03.2013? Was hat sich am 08.08.2006 im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung gegen Herrn Mollath genau zugetragen?

**Antwort:**


Vorauszuschicken wäre, dass ich sehr häufig Gutachter in Hauptverhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Brixner war. Herr Brixner hat mich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender eine Großen Strafkammer häufig zu sich gebeten, insbesondere um Termine zu vereinbaren. Ich selbst habe weder Herrn Brixner noch andere Richter aus eigener Initiative aufgesucht. Nach meiner Erinne-

rung hat mich Herr Brixner „in der Sache Mollath“ mindestens einmal, vielleicht auch öfters, darauf angesprochen, warum ich mich in dieser Angelegenheit für befangen erklärt habe. Ich habe Herrn Brixner dies genauso, wenn auch nicht so detailreich wie Ihnen, erklärt. Sicher habe ich Herrn Brixner zur Begründung meiner Befangenheit mitgeteilt, dass ich meinem Nachbarn gegenüber – wie oben in meiner Aussage dargestellt – eine Einschätzung zum Geisteszustand des Herrn Mollath abgegeben habe, und ich deshalb letztendlich meine Befangenheit nicht verneinen konnte. Ich bin mir sicher, dass ich von dem Hauptverhandlungstermin gegen Herrn Mollath keine Kenntnis erlangt habe. Sollte es tatsächlich zutreffen, dass ich genau an dem Hauptverhandlungstermin – wie in diesem Zeitungsartikel mitgeteilt – ein Gespräch mit Herrn Brixner hatte, so war dies sicherlich von mir nicht veranlasst worden. Der in dem Zeitungsartikel der Nürnberger Nachrichten vom 07.03.2013 dargestellte Sachverhalt ist mir nicht in Erinnerung. Ich schließe aus, dass ich im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Herrn Mollath auf das Gericht, insbesondere Herrn Brixner, in irgendeiner Art und Weise bewusst Einfluss genommen habe. Ich habe Herrn Mollath nie untersucht, sondern lediglich gegenüber meinem Nachbarn, Herrn Roggenhofer, eine unverbindliche Einschätzung des Geisteszustandes geäußert und zur Erläuterung meiner Befangenheitserklärung bei entsprechenden Fragen von z. B. Herrn Brixner, RiAG Eberl und Herrn Lippert genau diesen Sachverhalt (Äußerungen gegenüber Roggenhofer) wiederholt.

Der Zeuge erklärt: Ich hatte Gelegenheit, die Niederschrift noch einmal selbst zu lesen.

☒ Die Niederschrift gibt meine Angaben zutreffend wieder.

☐ Folgende Änderungen sind vorzunehmen:



Dr. Michael Wörthmüller



Dr. Meindl, Oberstaatsanwalt



Dr. Pfaller, Staatsanwalt als Gruppenleiter

  
Helmberger, Justizangestellte

NW 7.3.13

## er“ dürfen er abheben

likopter-Absturz grünes  
die übrigen Maschinen

– Zwei Tage nach dem  
eines „Tiger“-Kampfhub-  
rs durften die anderen 28  
(-Helikopter der Bundeswehr  
der starten.

Verteidigungsministerium  
e in Berlin, dass die Hub-  
r nun wieder abheben dür-  
der Maschinen sind derzeit  
nistan stationiert.

g der Woche war im oberbaye-  
Ettal ein „Tiger“ abgestürzt  
gebrannt (wir berichteten).  
en Besatzungsmitglieder wur-  
i leicht verletzt. Die anderen  
blieben daraufhin zunächst  
en. Die Untersuchungen zur  
sache laufen noch.

ligungsminister Thomas de  
äußerte sich bei seinem  
itan-Besuch besorgt über den  
„Der Hubschrauber ist total  
unt“, sagte er in Masarf.  
„Das ist besonders besorg-  
end, weil es so etwas auch  
al gegeben hat irgendwo bei  
nzen. Deswegen wird das  
au untersucht“, betonte der  
dpa

## ensgeber en überprüft

NS-belastete Personen  
bei Schulen nicht infrage

CHEN – Kultusminister Lud-  
wige lässt die Namensgeber  
er Schulen in Bayern auf mög-  
-Verbindungen überprüfen.

men, die sich durch ihre  
ienarbeit mit menschen-  
nden Herrschaftssystemen  
ldig gemacht haben, können  
ls Namensgeber von staat-  
Schulen im demokratischen  
taat fungieren“, sagte Ludwig  
iser der Thematisierung ist die

# Justiz überprüft auch die Rolle der Erlanger Klinik

Im Fall Mollath sind Fragen nach der Rolle von Chefarzt Wörthmüller aufgetaucht — Strafkammer „eingenordet“?

VON MICHAEL KASPEROWITSCH

Im Psychiatrie-Fall Gustl Mollath rückt auch das Erlanger Klinikum am Europakanal des Bezirks Mittelfranken verstärkt ins Zentrum des Interesses der Justiz. Dort nahm der Weg des heute 56-jährigen Nürnbergers in die Zwangsunterbringung ihren Anfang. Sie dauert bisher sieben Jahre. Jetzt sind neue Fragen nach der Rolle des Erlanger Chefarztes Dr. Michael Wörthmüller aufgetaucht.

NÜRNBERG – Seit längerem ist bekannt, dass eine Ärztin des Klinikums in dem seit zehn Jahren laufenden Verfahren sehr frühzeitig Partei für die damalige Ehefrau Mollaths ergriffen hat. Die Auseinandersetzungen des Paares um Geldschiebereien bei der Hypo Vereinsbank Nürnberg, bei der sie beschäftigt war, Gewalttaten gegen sie und Sachbeschädigungen brachten Gustl Mollath vor Gericht und von dort wegen Schuldunfähigkeit aufgrund einer schweren psychischen Störung 2006 in die Psychiatrie.

Die Erlanger Medizinerin hatte den Anwälten der seinerzeitigen Ehe-

frau Mollaths sehr früh, nämlich bereits 2003, ungefragt eine ungewöhnliche ärztliche Stellungnahme an die Hand gegeben. Darin steht, dass Gustl Mollath „mit großer Wahrscheinlichkeit“ an einer ernstzunehmenden psychiatrischen Erkrankung leide. Von ihm könne sogar eine erneute Gefährlichkeit für andere ausgehen. Gesprochen hatte die Klinikärztin Mollath nie.

In den juristischen Verfahren ist die Medizinerin bisher auch nie gefragt worden, in welcher Beziehung sie zu dem Paar Mollath steht. Die Erlanger Ärztin stützte sich allein auf die Schilderungen der Frau und empfahl nur aufgrund deren Erzählungen dringend eine psychiatrische nervenärztliche Abklärung des Mannes.

Die sollte dann später auf gerichtliche Anordnung auch erfolgen. Beauftragt wurde damit ihr Kollege Dr. Michael Wörthmüller, Chefarzt der Erlanger Klinik für Forensische Psychiatrie. Mollath war damals sieben Tage in seiner Obhut.

Wörthmüller hat sich dann bekanntlich für befangen erklärt, weil ein Nachbar, „mit dem ich freund-

schaftlich verbunden bin“, wie er dem Richter schrieb, ihn, den Arzt, „ausführlich über seine Sicht der Angelegenheit Mollath informierte“. Dieser Nachbar Wörthmüllers war auf das Engste mit den Hypo Vereinsbank-Kreisen verbunden, die Mollath schwer belastete.

Der Erlanger Klinikchef bot dem Gericht damals aus freien Stücken einen Bayreuther Kollegen als Gutachter an. Dieser stuft Mollath dann als krank und gefährlich ein.

## Begegnung im Richterbüro

Jetzt haben gut informierte Justizkreise gegenüber unserer Zeitung von einer Begegnung Wörthmüllers mit dem Nürnberger Richter Otto Brixner berichtet, der Mollath mit seiner Entscheidung in die Psychiatrie brachte. Das Treffen war 2006, zwei Jahre nachdem Wörthmüller sich für befangen erklärt hatte.

Der Arzt soll, so schildern es diese Kreise, in einer Verhandlungspause anscheinend beiläufig in das Richterzimmer Brixners gekommen sein, und in Worten und Gesten deutlich zu verstehen gegeben haben, dass Mollath psychisch gestört sei. Brix-

ner habe darauf zustimmend geantwortet und angemerkt, dem Angeklagten schaue der Wahnsinn aus den Augen. Stunden später sprach Brixner das folgenreiche Urteil. Man habe den Eindruck gewinnen können, die Mitglieder der Strafkammer sollten „eingenordet“ werden, sagen die Justizkreise.

Otto Brixner erklärte jetzt auf Anfrage, er könne sich nicht an eine solche, sieben Jahre zurückliegende Szene erinnern. Michael Wörthmüller gab gegenüber unserer Zeitung eine schriftliche Stellungnahme ab. Darin versichert er, „nie das Gespräch mit einer der mit dem Hauptverfahren gegen Herrn Mollath befassten Personen gesucht“ zu haben. Weitere Auskünfte könne er momentan „leider“ nicht geben, da eine Befragung durch die Staatsanwaltschaft anstehe. „Von dortiger Seite wurde ich darum gebeten, mich nicht weiter vorab gegenüber der Presse zu äußern“. Wie berichtet, prüft die Staatsanwaltschaft Regensburg derzeit, ob sie in der Sache Mollath einen Wiederaufnahmeantrag stellt (dazu Bericht unten). Sein Anwalt hat das bereits getan.

# Regierung soll Nerlich vom Fall Mollath abziehen

Antrag von Grünen und Freien Wählern (FW) im Landtag — Parteien halten Generalstaatsanwalt für befangen

NÜRNBERG – Grüne und Freie Wähler (FW) im Landtag nehmen im Fall Mollath den Nürnberger Generalstaatsanwalt Hasso Nerlich immer stärker unter Beschuss. In einem Antrag fordern die beiden Fraktionen jetzt von der Staatsregierung, den hohen Justizbeamten von dem Fall ganz abzuziehen.

Entsprechende Forderungen hatten Grüne und FW schon zu Beginn der Woche erhoben. Der Antrag wird nun heute im Rechtsausschuss behandelt. Dort soll die Staatsregierung nach dem Willen der beiden Fraktio-

den. Einen solchen Antrag prüfen derzeit Regensburger Staatsanwälte, deren Vorgesetzter Nerlich ist.

Nerlich, heißt es im Antrag von Grünen und Freien Wählern, sei schon als damaliger Amtsgerichtspräsident von Gustl Mollath angeschrieben worden. Der Beamte habe damit letztlich auch über die Überprüfung seiner eigenen Amtshandlungen zu entscheiden. Aber auch das aktuelle Verhalten Nerlichs lasse keinerlei „unbefangene Beurteilung der Angelegenheit erwarten. Gustl Mollath werde von ihm „ständig“ als wirrer Charakter dargestellt. Außerdem



nen Beleg für steuerstrafrechtliche Verstöße. Tatsächlich gibt es aber seit 2012 Steuerstraftverfahren.

Grüne und FW halten Hasso Nerlich außerdem ein Zitat vor, das Die Zeit kürzlich von ihm veröffentlicht hatte. Darin spricht Nerlich von „Schludrigkeiten“ im Urteil von 2006, das Mollath in die Psychiatrie brachte. Im Ergebnis sei es aber richtig gewesen. Werde der Fall jetzt auf politischen Druck hin wegen Flüchtigkeitsfehlern neu verhandelt und komme es zu einem Freispruch, sei das, so das Zitat Nerlichs, eine Katastrophe für das bayerische Volk,